

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Bezugspreis vierteljährlich M. 3.60 einschließl. des Postzuschlages. Unterhaltungsblattes in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshübel, Neuheide, Oberflügengrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterflügengrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Wg. Im Anzeigenteil die Zeile 50 Wg. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 50 Wg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für größere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher abgegebenen Anzeigen.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Fernsprecher Nr. 110.

Nr. 129.

Sonnabend, den 7. Juni

1919.

Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 7. ds. Mts., in den Geschäften der Gruppe II.
Kopfmenge: 110 g Konservenfleisch zu 1,10 M. und 60 g Dosenwurst zu 36 oder 46 Pfg. Rinder erhalten die Hälfte.
Urlauber werden im Geschäfte von Alban Reichner beliefert.
Ferner wird in allen Fleischereigeschäften auf Marke 1 der Einfuhrzulassarten 125 g ausländisches Schweinefleisch an die fleischartenberechtigten Personen im Alter von über 6 Jahren und 62 g desgl. an die fleischartenberechtigten Personen unter 6 Jahren abgegeben.

Der Preis beträgt
in Klasse A B: für 125 g 1,74 M., für 62 g 0,87 M.,
" " C: 125 g 2,00 " 62 g 1,00 "
" " D: 125 g 2,40 " 62 g 1,20 "

Die Fleischer wollen die Preisunterschiede genau beachten. Für Versehen in dieser Beziehung haften sie.

Verkaufsordnung:

H-M in der Zeit von 8-10 Uhr vorm.,
A-G " " " " 10-12 " "
R u. S " " " " 1-3 " nachm.,
N-Q u. T-Z " " " " 3-5 " "

Eibenstock, den 6. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Lebensmittelverkauf.

Sonnabend, den 7. ds. Mts.

wird 50 g Runkelrübenfett zu 59 Pfg. auf die rechte Hälfte der Marke Q 4 verkauft. Zuschlagsmarken für Kranke und stillende Mütter werden bei diesem Verkaufe nicht beliefert.

Marke J 1 der Einfuhrzulassarten: 250 g ausländisches Weizenmehl.

Preise: Klasse A 1,90 M., Klasse B 2,22 M., Klasse C 3,20 M., Klasse D 4,50 M. das Pfund.

Die Händler wollen die Preisunterschiede genau beachten. Für Versehen in dieser Beziehung haften sie. Inhaber von E-Karten können an Stelle des ausländischen Mehls beim Bäcker oder Mehlhändler inländisches Mehl beziehen.

Eibenstock, den 6. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Städtischer Verkauf von Hühnerfutter

Sonnabend, den 7. Juni 1919, vormittag von 7-10 Uhr in der städtischen Verkaufsstelle Bergstraße 7.

Eibenstock, den 6. Juni 1919.

Der Stadtrat.

Vom Helden zum Sklaven.

Gegen die „un glaubliche Gleichgültigkeit, mit der die deutschen Arbeiter zum Teil das Todesurteil gegen ihr Land hinnehmen“, wendet sich die sozialdemokratische „Niederrheinische Volksstimme“ in Duisburg (in Nr. 123) u. a. mit folgenden bemerkenswerten Auslassungen:

„Allgemein hört man die Arbeiter sagen: Uns Arbeitern kann es gleich sein, ob wir für einen deutschen oder ausländischen Kapitalisten schuften müssen. Der Arbeiter erhält ja doch nur soviel Lohn, daß er eben sein nächstes Leben fristen kann, und zum Leben müßten ihm auch die ausländischen Kapitalisten geben, denn sonst könnte er für sie nicht arbeiten.“

Solche Anschauungen sind nicht nur falsch, sondern auch sehr gefährlich, denn sie werden sich später bitter rächen. Es ist nicht richtig, daß die deutschen Arbeiter vor dem Krieg nur soviel Lohn erhielten, daß sie eben ihr nacktes Leben fristen konnten, sie waren sogar allgemein weit besser gestellt, als die Arbeiter in den „westlichen Demokratien“, vor allem in Frankreich und Belgien. Dabei wollen wir durchaus nicht bestreiten, daß ihre Lage besser hätte sein können und auch besser gewesen wäre, wenn sie es nur verstanden hätten, für die Klasseninteressen einzutreten und mehr Opfer zu bringen.

Allgemein genommen war die Lebenslage des deutschen Arbeiters besser, als diejenige der Arbeiter in allen Ländern Europas, mit Ausnahme einiger Berufsgruppen in England. Dabei gab es in Deutschland ein solch riesiges Heer von Lumpenproletariat nicht, wie in England.

Zahlten die deutschen Kapitalisten ihren Arbeitern auch nicht mehr Lohn, als sie zu zahlen gezwungen wurden, so blieb doch der aus der Arbeitskraft eingehende Mehrwert zum allergrößten Teil im eigenen Lande. Er diente den Unternehmern zur Neuanlage oder Vergrößerung ihrer Werke, wodurch für immer mehr Arbeiter Arbeitsgelegenheit beschafft wurde, während sonst diese Arbeiter hätten auswandern müssen. Die ausländischen Kapitalisten werden ihr Geld, das ihnen die deutschen Arbeiter erschaffen, aber

nicht in Deutschland anlegen, vor allem nicht, um die Werke in bezug auf Arbeiterschutz und Hygiene auszubauen, sondern in ihrem eigenen Lande verwenden. Würden die englischen Kapitalisten die Milliarden, die sie aus Indien herauspressen, den indischen Arbeitern zugutekommen lassen, wäre Indien ein reiches, England vielleicht ein armes Land. Wenn man in England vor dem Krieg Einkommen bis zu 3000 Mark steuerfrei lassen konnte, so nur deshalb, weil England mehr als 300 Millionen Kolonialbewohner ausbeutet und den Mehrwert ins „Mutterland“ schleppt.

Gegen „hartleibige“ deutsche Kapitalisten kon-

ten sich die deutschen Arbeiter noch zur Wehr setzen, gegen die ausländischen sind sie völlig machtlos.

Gegen die deutschen Unternehmer hatten sie das Mittel des Streiks, der Gesetzgebung und den Druck der öffentlichen Meinung, gegen die ausländischen wirkte keins dieser Mittel. Dazu werden die ausländischen Kapitalisten die deutschen Betriebe gar nicht übernehmen, sondern das feindliche Ausland verlangt von uns hohe und glatte Beträge, die unsere Regierung an jene zahlen muß. Unsere Regierung wird zum Büttel des Auslandes, unsere Arbeiter, die Helden von 1914/18, Sklaven!“

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Der Krach der Eisenbahn-Sozialisierung. Die Eisenbahnen sind bei uns verstaatlicht, nach der heutigen Staatsform also sozialisiert worden. Daß die Sozialisierung nicht nur nichts einbringen, sondern auch, obwohl es doch ein Staatsbetrieb ist, einen vollständigen Krach erleben kann, zeigen die Mitteilungen des preussischen Eisenbahnministers, daß der gewaltige preussische Verkehrsbetrieb, der früher die Staatsfinanzen stützte, im letzten Jahre ein Defizit von über 3 Milliarden hat. Wer soll dafür aufkommen? Natürlich wieder, wie immer, die Steuerzahler, sei es durch direkte Abgaben, sei es durch Bezahlung höherer Fahrkartenpreise und Frachten. Wer von der Sozialisierung sich etwas Besonderes verspricht, der kann aus diesem Beispiel sehen, daß heute auch die sozialisierungsreife Erwerbszweige nichts für die Allgemeinheit abwerfen, sondern ihr nur neue Lasten auferlegen, weil die Unkosten zu groß sind. Das gilt selbst für Bergbau, Kohlen und Elektrizität.

Was ein Arbeiterrat kostet! Während die jährlichen Gesamtkosten für den ganzen Spandauer Magistrat 60 000 Mark betragen, sind die bisherigen Kosten des dortigen Arbeiterrats schon weit über das Doppelte dieser Summe hinausgegangen. Sie betragen bis zum 5. Juni nicht weniger als 146 289 Mark! Bewilligt sind von den städtischen Körperschaften bisher 120 000 Mark (!), so daß noch Mehrkosten in Höhe von 26 289 Mark zu bewilligen sind. — Ob nicht auch den Spandauer Sozialdemokraten der zweifelhafte Spieß auf die Dauer zu teuer wird?

Oesterreich.

Der Anschluß die einzige Rettung. Je mehr Einzelheiten des Friedensvertragsentwurfs für Deutsch-Oesterreich bekannt werden, desto mehr verstärkt sich in Presse und Öffentlichkeit, wie fortgesetzt aus Kundgebungen aller Art ersichtlich wird, der Eindruck, daß der Deutsch-Oesterreich zugemutete Vertrag an Erbarmungslosigkeit und Härte sogar denjenigen, der Deutschland unterbreitet wurde, übertrifft. Ein Wort wird an dem neuen Staatsgebilde vermisst, dessen Anerkennung als unabhängiger Staat in dem Friedensvertragsentwurf mit Deutschland von dieser Macht gefordert wird. Bemerkenswert ist,

daß selbst Blätter, welche bisher für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland nur unter Vorbehalt eingetreten sind, übereinstimmend feststellen, daß, wenn überhaupt die Möglichkeit für eine weitere Existenz Deutsch-Oesterreichs vorhanden ist, solche nur mehr in dem Anschluß an Deutschland gefunden werden kann.

Der Kleinstaat Oesterreich. Nachdem durch die Friedensbedingungen der Entente das deutsche Oesterreich auf etwa 6 Millionen Einwohner beschränkt, also etwa so groß geworden ist wie das benachbarte Bayern, kann es selbstverständlich, bis zur Wiederkehr anderer Zeiten wenigstens nicht, keine politische Rolle mehr spielen. Die neue tschechisch-slowakische Republik ist größer als Oesterreich. Der Anschluß an das Deutsche Reich bleibt für den Rest der einstigen habsburgischen Monarchie die einzige Zukunftsaussicht, die es zu verwirklichen bestrebt sein muß. Natürlich ist das Los der Millionenstadt Wien als wirtschaftlicher und politischer Mittelpunkt eines Staates von nur 6 Millionen Seelen wenig erfreulich. Wien muß darauf rechnen, daß es sich, in den jetzt losgerissenen Landesteilen des früheren Oesterreich-Ungarn viele Freunde bewahrt hat. Was Wien war, wird es unter den heutigen Verhältnissen allerdings nicht wieder werden.

Gegen Oesterreich bedeutet in den Friedensbedingungen der Alliierten der schwerste Schlag die Verchrist, daß deutsch-oesterreichisches Vermögen in den übrigen Staaten, die auf dem Boden Oesterreich-Ungarn entstanden sind, als feindliches Vermögen behandelt, also konfisziert werden würde. — Das bedeutet den finanziellen Ruin Deutsch-Oesterreichs. Wien ist der Sitz großer Kapitalisten und Kapitalorganisations, deren Besitz in Böhmen, Südböhmen und Galizien liegt. Es handelt sich dabei um Werte von vielen Milliarden. Die Liquidierung der alten Monarchie soll demnach den Deutsch-Oesterreichern nur die Passiven lassen, aber alle Aktiven den Slaven zuteilen.

Frankreich.

Die verschiedensten Meinungen in Paris: Einer Londoner Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge verbreitet die Exchange-Agentur eine Pariser Information, wonach man in dortigen unterrichteten Kreisen annimmt, daß die Antwort auf die deutschen Gegenverschlüsse gegen Ende dieser Woche überreicht werden dürfte. Es könne aber bereits heute gesagt werden, daß diese keine Aussicht auf Annahme haben. Zu der Antwortnote der Alliierten wird den deutschen Bevollmächtigten eine letzte Frist von 3-4 Tagen gestellt werden, innerhalb deren sie sich entscheiden müssen, ob sie die Bedingungen der Entente annehmen wollen oder nicht. Nach dem erwähnten Bureau scheint die Verteilung der deutschen Kolonien unter die Alliierten noch keine endgültig abgeschlossene Sache zu sein und den Herren in Versailles einiges Kopfzerbrechen zu verursachen. Wie die Exchange-Agentur nämlich wissen will, sollen in Paris die Besprechungen unter den Alliierten wegen Ueberlassung eines Teiles der deutschen